In der heutigen Zeit dem Wähler Versprechungen zu machen ist unseriös. Die prognostizierten Jahresergebnisse für die Stadt Osnabrück ab 2026 sind sämtlichst im dreistelligen Millionenbereich negativ. Zwischen 100 und 200 Millionen sollen jährlich mehr ausgeben werden als eingenommen. Der Schuldenstand soll bis 2030 auf über 1,2 Milliarden steigen, die Zinslast vom 2026 bis 2028 um 36 % auf rund 35 Millionen.
Um die Gestaltungsfreiheit der Stadt Osnabrück und für unsere Bürger den Freiraum zu erhalten, ist eine finanzielle Soforthilfe für die Kommunen von Bund und Land unumgänglich. Unsere Bundes- und Landtagsabgeordneten sind aufgefordert, sich endlich für den Schutz der Stadt Osnabrück vor neuen Belastungen einzusetzen.

Dr. Thomas Thiele, Fraktionsvorsitzender FDP/UWG zum Doppelhaushalt 2026/2027:

„….ein Fortsetzen der bisherigen Maßlosigkeit,
keinerlei Sparwillen und keinerlei Ideen
für die Zukunft unserer schönen Stadt.
Klare Prioritätensetzung: Fehlanzeige….“

<u>Setzen wir daher zukünftig klare Prioritäten</u>

- umfassender Bürokratieabbau,
- konsequente Digitalisierung – und Prozessvereinfachung: jeder Behördengang muss vollständig digital möglich werden
- rigorose Verschlankung der Verwaltung
- keine Neueinstellung außerhalb des Stellenplans
- Wiederbesetzung von Stellen wird durch interne Umstrukturierungen vermieden.

<u>Wir brauchen die notwendigen finanziellen Spielräume</u>

- für den Neubau und die Sanierung der Schulen
- für nachhaltige Betriebs – und Gewerbeansiedlungen
- für einen sozial-innovativen Wohnungsbau, der bezahlbar ist (altersgerecht, inklusiv, integrativ und generationenübergreifend)

Baurechtliche Genehmigungsverfahren sollen schnellstmöglich digitalisiert und dadurch beschleunigt werden. Private Bauherrinnen und Bauherren sollen die Gewissheit haben, dass eine Vollständigkeitsprüfung aller eingereichten Unterlagen innerhalb von vier Wochen durchgeführt wird. Beratungsangebote für alters- und behindertengerechtes Bauen sollen geschaffen werden.
Hilfe leisten, die die Vermeidung von Wohnungslosigkeit in den Mittelpunkt stellt. Wohnungslosigkeit ist einer Stadt unwürdig.

Sozialpolitik ist eine Kernaufgabe, die das freie und selbstbestimmte Leben für jeden in Osnabrück lebenden Menschen ermöglichen und verbessern soll. Hierfür müssen finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Natürlich ist für Osnabrück als offene und tolerante Stadt mit hoher Lebensqualität ein attraktives Kulturangebot selbstverständlich. Allerdings gehört dazu auch eine konsequente Überprüfung der Ausgaben und Leistungserweiterungen der vergangenen Jahre. Ein Beispiel: Blinde Bezuschussung, bei der jedes Theaterticket nicht nur für Bedürftige, sondern auch für jene, die es sich leisten können, künstlich billiger gemacht wird (2023/24: 62,18 € pro Ticket) ist aus der Zeit gefallen und angesichts der finanziellen Lage unverständlich.

Neue kommunale Sonderausgaben wie die Verpackungs- und Bettensteuer bringen wenig Einnahmen und verursachen einen hohen bürokratischen Aufwand. Stattdessen wäre es Zeit die Eigenbeteiligungen z.B. am VFL und dem Zoo zu reduzieren und durch Verkauf Liquidität zu schaffen.

Neue weitere Schulden können wir uns auch angesichts unserer Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen nicht leisten.

Kanzler Merz und der Chefredakteur der NOZ haben die FDP totgesagt. Sie wissen: beide haben nicht immer recht und Totgesagte leben länger.

Fakt ist: Die anstehenden Aufgaben erfordern unser entschlossenes Handeln: die FDP kann entschlossen Handeln.
Osnabrück hat viele positive Standortfaktoren, die es zu erhalten gilt. Wir haben echte Chancen in Osnabrück, wir müssen sie nur endlich erkennen und ergreifen. Deshalb geben Sie Ihre Stimmen der FDP und **kommen Sie mit uns**

Hinrich Geelvink, Ulrich Niendieker, Joachim Klösel, Armin Saderi, Dr. Peter Rössler, Jelto Mensing

ins Gespräch. Kontaktieren Sie uns über
https://hinrich-geelvink.wahl.freie-demokraten.de